

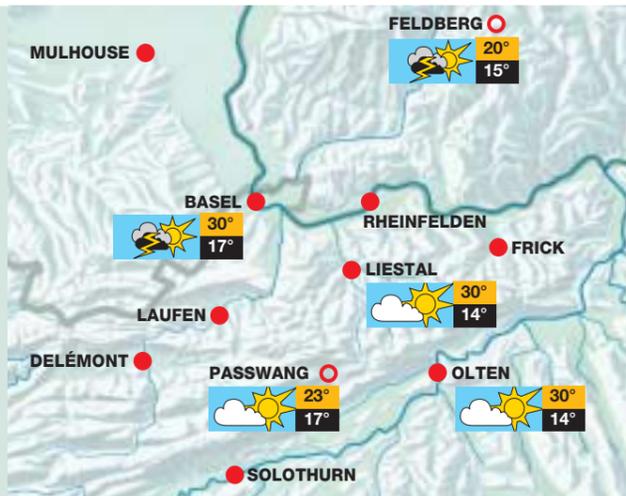
## angesagt



«Das ist Kunst unter Hardcore-Bedingungen.»

Das sagt der Künstler und Gastro-Unternehmer **Claude Gaçon**, dessen Lokal, die Cargo Bar, demnächst den 10. Geburtstag feiert. Er spielt damit auf die Aufgabe für Künstler an, ihr Werk zum Bestandteil der Bar zu machen. > SEITE 13

Foto Martin Tongi



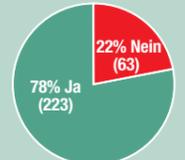
**BAZ DIREKT.** Haben Sie etwas Aussergewöhnliches erlebt? Möchten Sie die baz über ein Ereignis informieren oder auf ein Thema aufmerksam machen? Wir nehmen Ihre Hinweise gerne entgegen. Sie erreichen die baz-Regionalredaktion in Basel tagsüber unter **061 639 18 73**, abends unter **061 639 18 75** oder per E-Mail [stadt@baz.ch](mailto:stadt@baz.ch) oder [online@baz.ch](mailto:online@baz.ch). Leserbriefe senden Sie bitte an [leserbrief@baz.ch](mailto:leserbrief@baz.ch)

## frage des tages

### Soll der Kanton MP3-Player und Handys an Schulen verbieten?

Im Baselbiet beginnen einige Schulen damit, Handys oder MP3-Musicplayer zu verbieten (S. 19). Soll der Kanton nachziehen und die Geräte an Schulen generell verbieten? Stimmen Sie ab im Internet: > [www.baz.ch/netzed](http://www.baz.ch/netzed)

**ERGEBNIS SAMSTAGSFRAGE:** Unterstützt der Kanton die Flugzeugabsturz-Opfer angemessen?



## Lesen Sie heute im



**Wegen «5-Liber-Partys»:** Berner Alkohol-Fahnder nehmen Basler Clubs unter die Lupe.  
**Singerhaus:** Die beiden neuen Chefs wollen das angeschlagene Image des Szene-Lokals aufpolieren.

# «Es rollt eine neokonservative Verbotschwelle»

**Basel.** Finanzkommissionspräsident Baschi Dürr zu den Staatsfinanzen und dem Trend zu immer mehr Staat

INTERVIEW: PATRICK MARCOLLI

**Als Präsident der grossrätlichen Finanzkommission vertritt Baschi Dürr (FDP) in finanzpolitischen Fragen die moderatere Meinung des Gremiums – als liberaler Politiker nimmt er kein Blatt vor den Mund.**

**baz:** Herr Dürr, die Basler Bürgerlichen haben mit der Lancierung von zwei finanzpolitischen Initiativen eine Finanzdebatte angefacht. War das ein «Sommerloch-Füller» oder ernst gemeint?

**BASCHI DÜRR:** Das war auf jeden Fall ernst gemeint. Die Geschlossenheit aller vier bürgerlichen Parteien beweist dies.

**Wieso braucht es eine GAP-Initiative, wenn es doch bereits einen gleichlautenden Verfassungsartikel gibt?**

Den summarisch abgefassten Verfassungstext kann man strenger oder weniger streng auslegen.

**Aber die Verfassung gilt.**

Ja. Aber ob dem Verfassungstext wirklich nachgelebt wird oder nicht, ist eine politische Frage. Ein zusätzliches, durch den Volkswillen legitimes Gesetz würde hier mehr Druck aufsetzen.

Ein Finanzreferendum könnte andererseits dazu führen, dass Grossrätinnen und Grossräte bei vielen Geschäften eine Vier-Fünftel-Mehrheit bewusst verhindern und so eine Volksabstimmung herbeiführen.

Das ist nicht auszuschliessen. Ich fände dies aber auch nicht weiter dramatisch. Angst vor dem Volk zu haben, ist ein eigenartiges Verständnis von Demokratie. Wenn der Souverän über umstrittene Geschäfte abstimmen kann, ist das grundsätzlich richtig.

**«Die Linke hat das Gefühl, jedes ideologische Anliegen mit viel Staat durchsetzen zu müssen.»**

**Auch wenn es Kernkompetenzen des Staats betrifft, zum Beispiel die Subventionen fürs Stadttheater?**

Dann um so mehr!

**Man kann auch umgekehrt argumentieren: Die Bürgerlichen flüchten sich angesichts der jetzigen Machtverhältnisse in den Populismus.**

Nein. Es gibt in unserer sogenannt halbdirekten Demokratie eine Hierarchie von Kompetenzen – auch im Bereich der Finanzen. Und in diese Hierarchie lässt sich diese Initiative sehr gut einbauen.

**Als Finanzkommissionspräsident müssten Sie, Herr Dürr, angesichts der guten Budget- und Rechnungszahlen doch zum Schluss kommen, dass die Initiativen gar nicht nötig sind. Oder anders gefragt: Wo liegt eigentlich für die Bürgerlichen das Problem in der Finanzpolitik?**

Es ist richtig, dass es der baselstädtischen Staatskasse derzeit gut geht. So dürfte sich die Nettoschulden-



**Dürr fordert mehr Liberalismus.** Der Basler Finanzpolitiker sieht den Trend hin zu mehr Staatlichkeit ungebrochen. Foto Annette Boutellier

quote bis Ende 2007 im Zehnjahresvergleich etwa halbiert haben. Die Verbesserungen gelten nicht nur für die Einnahmen-, sondern auch für die Ausgabenseite: Hier gibt es klare strukturelle Verbesserungen. Zum Beispiel ist der Personalaufwand 2006 absolut zurückgegangen.

**Das werden Ihnen einige Ihrer bürgerlichen Kollegen kaum glauben wollen.**

Bei nüchterner Betrachtung der Zahlen ist das aber so. Nur weil wir eine linke Finanzdirektorin haben, ist die Finanzlage nicht per se schlecht. Da greift das Denkschema von links und rechts zu kurz.

**Nochmals: Braucht es die Initiativen?**

Ganz klar: Ja. Wir müssen uns aus liberaler Sicht immer wieder fragen, was die Aufgaben eines Staatswesens sind. Eine gesunde Staatskasse ist zwar wichtig, sie darf jedoch nur Mittel zum Zweck sein: nämlich zu gesunden Kassen der Bürgerinnen und Bürger. Darum geht es in der Politik.

**Womit wir bei den hohen Steuern im Kanton Basel-Stadt wären. Sind sie zu hoch?**

Auf jeden Fall. Wir stehen im nationalen wie internationalen Vergleich nicht gut da. Doch die Diskussion um Steuersenkungen ist nicht nur wegen des Standortwettbewerbs richtig. Sondern auch – da wiederhole ich mich –, weil der Staat seine Aufgaben immer wieder überdenken muss.

**Wo bestünde in Ihren Augen noch grosses Sparpotenzial bei der öffentlichen Hand?**

(Überlegt) Unsere Staatsverwaltung erlebe ich als relativ effizient, sie funktioniert oft besser als ihr Ruf. Trotzdem erwarte ich von der aktuellen Verwaltungsreform, dass zusam-

menkommt, was zusammengehört, damit Synergien geschaffen werden. Ein Klassiker sind die von drei Verwaltungseinheiten unterhaltenen Rasenflächen: Die Parkanlagen (Stadtgärtnerei), die Gartenbäder (Sportamt) und das Gras, das zwischen den Tramschienen wächst (BVB). Das Grundproblem ist aber nicht die Verwaltung, sondern die Politik, die dieser laufend mehr Aufgaben zuschanzt und unnötige Leistungen einfordert.

**Auch auf Ihrer Website schreiben Sie von dieser Fehlentwicklung – es gebe immer mehr Staat. Ist das eine typisch baslerische Entwicklung?**

Nein, der Trend zu mehr Staatlichkeit grassiert weltweit und seit Langem, vor allem als eine Folge des markanten Ausbaus des Sozialstaats nach dem Zweiten Weltkrieg.

**Aber die Trendumkehr wurde doch bereits vor vielen Jahren eingeleitet – zuerst in Grossbritannien, dann in den meisten anderen westlichen Ländern.**

Ja, in den letzten fünf bis zehn Jahren hat man auch bei uns erkannt, dass man gewisse Fehlentwicklungen korrigieren sollte. Von einer Trendumkehr kann aber leider noch nicht gesprochen werden.

**Sie orten auch eine Regulierungs- und Vorschriftenwut. Wie äussert sich das in Basel Ihrer Ansicht nach?**

Der «Unterhosenreklame-Experte», also der Überwacher von angeblich sexistischen Plakaten, ist für mich ein gutes Beispiel. Wir sehen uns heute mit einer neokonservativen Verbotschwelle konfrontiert.

**Aus links-konservativen Kreisen?**

Genau. Die ehemals teils libertär ausgerichtete Linke der 68er ist an die

## Was die zwei bürgerlichen Finanz-Initiativen wollen

**BASEL.** Mitten in den Sommerferien, am 13. Juli, haben die vier bürgerlichen Parteien Basels (FDP, LDP, CVP und SVP) angekündigt, zwei finanzpolitische Initiativen zu lancieren. Mit der ersten Initiative «zur Überprüfung der öffentlichen Aufgaben des Kantons Basel-Stadt» (**GAP-Initiative**) soll die Regierung per Gesetz dazu angehalten werden, Paragraph 16 der Kantonsverfassung umzusetzen. Dieser verlangt von den Behörden, die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben periodisch auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Sollte die zweite Initiative «für ein griffiges

**Finanzreferendum»** zustande kommen und vom Souverän angenommen werden, müssten künftig alle Finanzgeschäfte, die über drei Millionen Franken gehen und nicht mit einer Vierfünftelmehrheit den Grossen Rat passieren, zwingend dem Volk vorgelegt werden. Die Gegner der Initiative befürchten, dies hätte eine Abstimmungsflut zur Folge. In einer Berechnung ist das Finanzdepartement jedoch zum Schluss gelangt, dass zwischen Februar 2006 und Januar 2007 keine einzige Vorlage dem Finanzreferendum hätte unterstellt werden müssen. map

## Mediensprecher und Politiker

### PARTEI GEWECHSELT.

Baschi Dürr (30) sitzt seit Februar 2003 im Grossen Rat. Als er im Parlament Einsitz nahm, war er noch Mitglied der Liberalen (LDP), deren Vizepräsident er war. 2005 wechselte er zur FDP. Dürr hatte sich für einen Zusammenschluss von LDP und FDP eingesetzt. An der Universität Basel hat Dürr Wirtschaftswissenschaften studiert. Hauptberuflich ist er Mediensprecher von Roche. Daneben ist er auch Säckelmeister der Allgemeinen Bibliotheken der GGG und Mitinhaber von Radio X. Dürr wohnt im Kleinbasel und hat einen dreijährigen Sohn. Auf der Liste der Basler FDP kandidiert er in diesem Herbst für den Nationalrat.

> [www.baschiduell.ch](http://www.baschiduell.ch)

Macht gekommen und hat nun das Gefühl, jedes ideologische Anliegen mit viel Staat durchsetzen zu müssen.

**Das wiederum kostet den Staat viel Geld. Tendenz ja – aber ins Gewicht fällt dies kaum.**

**Wie fällt Ihre Bilanz zur Finanzpolitik unter Rot-Grün aus?**

Ich denke, dass Regierung und Parlament mit der Einführung der Schuldenbremse und der Revision der Pensionskasse zwei Schritte in die richtige Richtung gemacht haben. Auch erkennt die Regierung, dass sie sehr viel ähnlich machen muss wie die mehr oder weniger bürgerlich dominierten Regierungen zuvor.

**Wie beurteilen Sie die Arbeit von Finanzministerin Eva Herzog?**

Sie macht eine pragmatische Arbeit.

**Das ist eine pragmatische Antwort!**

Nun – bisher unterscheidet sich ihre Arbeit kaum von der Arbeit ihres liberalen Vorgängers Ueli Vischer. Vischer ist allerdings in einer schlechten finanzpolitischen Situation gestartet und hat das Ruder mit zwei Sparpaketen herumgerissen – und gleichzeitig die Steuern gesenkt. In diesem Sinn erntet die jetzige Regierung auch die Früchte der Arbeit ihrer Vorgänger. Aber sie geht sehr geschickt damit um, was weder selbstverständlich noch einfach ist.

**Eva Herzog wird noch dieses Jahr Ihren Gegenvorschlag zu den beiden Steuerinitiativen von CVP und SVP präsentieren. Können Sie Ihre Erwartungshaltung an die Finanzministerin beziffern?**

Der finanzpolitische Handlungsspielraum für Steuersenkungen beträgt meines Erachtens über 100 Millionen Franken.